# Das Versicherungswesen wird gründlich reformiert : für die Verursacher schlägt das letzte Stündlein

Autor(en): **Böhm-Haller, Gabi**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **121 (1995)**

Heft 15

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-601862

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

*Das Versicherungswesen wird gründlich reformiert*

# FÜR DIE VERURSACHER SCHLÄGT DAS LETZTE STÜNDLEIN

VON GABI BÖHM-HALLER

Nichtrauchern winken – vorerst bei den «Innova»-Krankenkassen – Prämienersparnisse von über 20 Prozent. Denn Nichtraucher leben gesünder. Und auch länger. Und sind damit für behandlungsintensive Alterskrankheiten prädestiniert. Das Alzheimer-Risiko, beispielsweise, verdoppelt sich nach dem sechzigsten Altersjahr alle fünf Jahre.

## Wie das Risiko, so die Prämie

Das Prinzip der risikogerechten Prämien ist zu befürworten. Deshalb erwägen die «Innova»-Krankenkassen, im Bedarfsfall ihre Leistungen bei älteren Nichtrauchern dem Risiko entsprechend einzuschränken, sie ab dem 75. Altersjahr allenfalls aus der Kasse zu entlassen. Oder die Prämienersparnisse für Nichtraucher dadurch zu kompensieren, dass Leute gemäss ihren individuellen Risiken Prämienaufschläge zu berappen haben. Am Beispiel Alzheimer: Wer schlechter gebildet und Nichtraucher ist, hat einen höheren Alzheimer-Risikozuschlag zu entrichten als jemand, der gut gebildet in einem intellektuellen Beruf tätig ist und als alkohol abstinenter Idealgewichtiger lebt. Oder auch: Bei Leuten in lesenden Berufen wird ein Brillengebrauch-Risikoprämienzuschlag erhoben.

Nach dem Vorbild der «Innova»-Krankenkassen entwickeln derzeit auch die Unfallversicherer ein Prämiensystem, das sich am Verursacherprinzip orientiert. Begründung: Skifahrer, Hochgebirgswanderer, Grümpelturnierteilnehmer und andere Mitglieder spezifisch signifikanter Risikogruppen belasten die Unfallversicherungen durch ihr individuell gewähltes Freizeitverhalten stärker als Unfallversicherungsnehmer jenseits dieser Kategorien.

## Ein ganz enormes Politikum

Im Zuge einer gründlichen Revision des eidgenössischen Versicherungswesens will natürlich auch die AHV/IV den Anschluss an die Zukunft nicht verpassen. Gute Risiken sollen entlastet, schlechte belastet werden: Es ist ungerecht, dass unverheiratet Alleinlebende ohne Kinder mit ihren Beiträgen anteilsmässig auch die Witwen- und Waisenrenten mitfinanzieren müssen. Oder dass unverheiratete, alleinlebende und kinderlose Raucher gleich viel Prämie bezahlen müssen wie alle andern, obwohl sie eine reduzierte AHV-Leistungsdauer in Anspruch nehmen und die AHV/IV-Kasse dank ihres Nikotinkonsums zusatzfinanzieren. Anderseits müssen aber Kinderlose stärker zur Kasse gebeten werden, weil sie keine Nachkommen zur allfälligen Mitfinanzierung ihrer allfälligen Altersrenten bereitgestellt haben. Hier bestehen also noch grössere versicherungsmathematische Probleme, deren Lösung zu einem administrativen Mehraufwand führt. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird nicht zu vermeiden sein!

Dass die Revision des eidgenössischen Versicherungswesens ein enormes Politikum massivsten Ausmasses darstellt, hat die Freiheitspartei, vormals Autopartei, mit ihrem sicheren Popularitätsinstinkt auf Anhieb erkannt. «Wir werden uns dafür engagieren», so heisst es in einem Mediencommuniqué der Wechselnamenpartei, «dass alle Versicherungsrisiken verursachergemäss getragen werden. Eigenverantwortlichkeit ist ein Gebot der Stunde. Wer durch seine Lebensführung ein hohes Alter anstrebt, sollte seine Lebenshaltungskosten nach Aufgabe der Erwerbstätigkeit bis zu seinem Ableben durch eigenverantwortliche Eigenvorsorge nach einem selbstgewählten System finanziell absichern. Und genau gleich ist bei den Gesundungskosten durch Unfälle oder Krankheit zu verfahren. 95 Prozent aller Krankheiten und Unfälle sind – wie die Fachliteratur nachgewiesen hat – durch direkte Eigenschädigung oder auch psychosomatisch bedingt, also durch indirekte Eigenschädigung. Wir fordern deshalb die Auflösung der Kranken- und Unfallversicherungen, ebenso die Auflösung der AHV/IV und der SUVA, bessere Versicherungsleistungen für Autofahrer sowie überhaupt und grundsätzlich und dringlich.» Auf eine entsprechende Rückfrage liess die Freiheitspartei verlauten, eine Änderung ihres Namens in «Antiversicherungspartei» liege durchaus im Bereich des Möglichen – sofern sich eine entsprechende Wünschbarkeit als wahltaktisch notwendig erweise.

Grosses Kopfschütteln über die plötzlich grassierende Entsolidarisierung des eidgenössischen Versicherungswesens herrscht bei den freudlosen Linken und den netten Grünen. Pia HollensteinIn (NationalrätIn der SG-GrünInnen) hat bereits einen Artikel im Kampfblatt «Friedenszeitung» geplant: «Vor allem und besonders auch im NamInnen allerInnen in den PflegeberufInnen TätigInnen und der StudierendInnen an den medizinischen FakultätInnen darf manIn solche Bestrebungen nicht unwidersprochen hinnehmen.»

## Bald Versicherungszwang für alle?

Dringlichen Handlungsbedarf konstatieren auch nationalrätliche Vorderbänkler. Andi Gross von der GSoA erwägt die Gründung einer «Gruppe Schweiz mit Versicherungen – GSmV». Seine Vorstellungen: «Dem Modell der Alternativen Bank Schweiz folgend, prüfen wir die Konzipierung einer Alternativen Eidgenössischen Versicherungsanstalt mit Beitrittsobligatorium für alle Bürgerinnen und Bürger.» Dazu der *Blick* schlagfertig: «Horror – alles was rechts ist, soll grüne und linke Parteifunktionäre mästen.»

Sachlicher sieht die Schweizerischere Renten-, Kranken- und Unfallversicherer-Vereinigung die Problematik: «Sollte es tatsächlich zu einer Abschaffung des bisherigen Versicherungswesens kommen, werden wir eine Versicherung gegen unversicherte Risiken anbieten. Durch die Übernahme all unserer Einzelgesellschaften in dieses Projekt werden wir alle Arbeitsplätze retten können.» □